

D.2 Unternehmensangaben und Eigenerklärungen

Abschnitt I: Angaben des Bieters/des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft

Ich gebe/Wir geben dieses Angebot ab als:

Einzelbieter

Bietergemeinschaft (dazu Abschnitt IV dieser Datei beachten)

Einzelbieter/bevollmächtigtes Mitglied der Bietergemeinschaft

Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax (für den Zuschlag):	
E-Mail (Organisationspostfach, keine personenbezogene Adresse):	
Kontaktperson für die Vertragsdurchführung:	

Ggf. abweichende Kontaktdaten der Ansprechperson für die Vertragsdurchführung

Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail (Organisationspostfach, keine personenbezogene Adresse):	

Beteiligung als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Handelt es sich bei dem Bieter/bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft um ein Kleinunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen ¹ ?	☐ Ja
--	-----------------------------

Beteiligung als bevorzugter Bieter gemäß §§ 224, 241 Abs. 3 SGB IX

Handelt es sich bei dem Bieter/bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft um einen Inklusionsbetrieb nach § 215 SGB IX, weil bei Zuschlagserteilung/Abschluss des Rahmenvertrages die zu vergebenden Leistungen in diesem Inklusionsbetrieb ausgeführt werden? Antworthinweis: Die Bevorzugung von Inklusionsbetrieben bezieht sich nicht auf die juristische Person, die diese Einrichtungen betreibt, sondern nur auf jene Organisationseinheit, die als Inklusionsbetrieb tätig ist.	☐ Ja Falls ja, verpflichte ich mich, auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb der mir gesetzten angemessenen Frist die Eigenschaft als bevorzugter Bieter nachzuweisen. Anerkannt wird ein Nachweis² nur, wenn er bei Zuschlagserteilung/Abschluss des Rahmenvertrages nicht älter als ein Jahr ist.
---	---

¹ Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.05.2003, S. 36). Diese Angabe wird nur für statistische Zwecke verlangt.

Kleinstunternehmen: Unternehmen, die **weniger als 10 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **2 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Kleine Unternehmen: Unternehmen, die **weniger als 50 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **10 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Mittlere Unternehmen: Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die **weniger als 250 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz **50 Mio. Euro nicht übersteigt** und/oder deren Jahresbilanzsumme **43 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Beachte: Maßgeblich ist das Unternehmen als Rechtssubjekt (GmbH, e. V. etc.). Ihre Angabe darf sich **nicht** nur auf einzelne Niederlassungen oder Standorte (Unternehmensteile) ohne rechtliche Selbständigkeit beziehen.

² Der Nachweis der Eigenschaft als **Inklusionsbetrieb** wird erbracht durch Vorlage eines Bescheides des zuständigen Integrationsamtes über die Gewährung von Leistungen (Förderbescheid) oder eine schriftliche Bestätigung des Integrationsamtes.

Abschnitt II: Eigenerklärungen als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, als Zusicherung der Einhaltung von Ausführungsbedingungen und in Bezug auf die Trägerzulassung

Der Bieter/das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden **Ausschlussgründen**:

1. Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung

Ich versichere, dass keine **Person**, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) meinem Unternehmen zuzurechnen ist³, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein **Unternehmen selbst** keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat⁴ nachstehender Art:

- 1.1 Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen, Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,
- 1.2 Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs (StGB) zu begehen,
- 1.3 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,
- 1.4 Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; bei Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
- 1.5 Subventionsbetrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; bei Anwendung der UVgO, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
- 1.6 Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Gesundheitswesen,
- 1.7 Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern oder unzulässige Interessenwahrnehmung,
- 1.8 Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB hinsichtlich ausländischer und internationaler Bediensteter,
- 1.9 Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr oder
- 1.10 Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft und Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung,

wobei die Verurteilung höchstens fünf Jahre zurückliegt oder ein unmittelbar im Urteil festgelegter Ausschlusszeitraum noch nicht verstrichen ist.

2. Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen

Ich versichere, dass ich allen meinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowohl in Deutschland als auch in meinem Niederlassungsstaat – sofern es sich um einen anderen Niederlassungsstaat als Deutschland handelt – nachgekommen bin.

3. Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen

Mir ist bekannt, dass nach den folgenden spezialgesetzlichen Ausschlussregelungen

- 3.1 gemäß § 21 Abs. 1 des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (AEntG) Bieter von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrags für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 GWB ausgeschlossen werden

³ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person **als für die Leistung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt** hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

⁴ Aufzählung in § 123 Abs. 1 GWB unter Angabe der einzelnen Strafnormen. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den **vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten** gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn diese inhaltlich einer Verurteilung nach den in Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Tatbeständen entsprechen.

sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

3.2 gemäß § 19 Abs. 1 des **Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG)** Bieter von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrags für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 GWB ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind.

3.3 gemäß § 22 Abs. 1 des **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)** Bieter von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau – oder Dienstleistungsauftrags für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 GWB ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer **Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG** belegt worden sind.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten drei Jahre gegen mich **nicht verhängt** worden sind und ich mit **keiner temporären Auftragssperre** belegt worden bin.⁵

Das Unternehmen hat meines Wissens bei der Ausführung öffentlicher Aufträge auch **nicht gegen seine sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen** verstoßen.⁶

4. Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz

Ich versichere, dass sich mein Unternehmen **in keiner der folgenden Situationen** befindet:

4.1 Es ist **zahlungsunfähig**.

4.2 Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **beantragt** worden.

4.3 Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **eröffnet** worden.

4.4 Die **Eröffnung** eines solchen Verfahrens ist mangels Masse **abgelehnt** worden.

4.5 Es befindet sich im Verfahren der **Liquidation** oder hat seine Tätigkeit eingestellt.

5. Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen

Ich versichere, dass das Unternehmen⁷ im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die dessen Integrität in Frage gestellt wird, u.a.

5.1 weil für eine zu einem zwingenden Ausschlussgrund führenden Straftat nach II.1 ein Strafverfahren anhängig ist bzw. Ermittlungsverfahren eröffnet wurde, aber noch keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt,

5.2 weil eine schwerwiegende Straftat im Geschäftsverkehr begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Untreue und Urkundenfälschung oder

5.3 weil eine schwerwiegende Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder gegen die öffentliche Ordnung begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Volksverhetzung.

6. Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen

Ich versichere, dass mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, u.a. die Beteiligung an Absprachen über Preise

⁵ Bei Aufträgen mit einem geschätzten Auftragswert ab einer Höhe von 30.000 Euro fordert die Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine **Auskunft** aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) an.

⁶ Umfasst sind gemäß Artikel 18 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU alle für das Unternehmen geltenden sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, aber auch durch **für das Unternehmen verbindliche Tarifverträge** festgelegt sind.

⁷ § 123 Abs. 3 GWB gilt entsprechend (vgl. Fußnote 3).

oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

Falls Sie eine oder mehrere der **vorstehenden Erklärungen in II.1 bis II.6 nicht wie gefordert abgeben** können, ist dies im Abschnitt III anzugeben und näher zu begründen.

7. Gründe im Zusammenhang mit einem Interessenkonflikt aus Beratungstätigkeiten

Eine entsprechende Ethikerklärung (Datei D.2.2) ist dem Angebot beigelegt.

8. Gründe im Zusammenhang mit Auskünften und Informationen

Ich bestätige, dass mein Unternehmen

- 8.1 in Bezug auf seine Auskünfte zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keine schwerwiegende **Täuschung** begangen oder keine derartigen Auskünfte **zurückgehalten** hat, sowie in der Lage sein wird, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- 8.2 nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- 8.3 nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Der Bieter/das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden Rechtsvorschriften**:

9. Schutz von personenbezogenen Daten und Sozialdaten

Ich verpflichte mich, im Auftragsfall alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutze von personenbezogenen Daten und Sozialdaten zu treffen (Art. 32 Abs. 1 Buchst. a bis d der EU-Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO). Mir ist bekannt, dass sämtliche der nachfolgenden technischen und organisatorischen Maßnahmen gesetzliche Mindestanforderungen darstellen.

- 9.1 Der Auftragnehmer beachtet die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung. Er darf personenbezogene Daten und Sozialdaten (im Folgenden jeweils nur noch als „Daten“ bezeichnet) von Maßnahmeteilnehmenden und Beschäftigten des Auftraggebers ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer hat Daten zu berichtigen, in der Verarbeitung einzuschränken oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.
- 9.2 Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist. Entsprechende Räumlichkeiten sind im Regelfall abgeschlossen; die Vergabe von Schlüsseln wird ständig dokumentiert und kontrolliert.
- 9.3 Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können. Die Daten sind vor unbefugten Zugriffen Dritter sowie vor Computerviren etc. zu schützen.
- 9.4 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungssysteme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Auf Daten von Maßnahmeteilnehmenden und Beschäftigten des Auftraggebers dürfen nur mit der Durchführung der jeweiligen Maßnahme betraute mitarbeitende Personen des Auftragnehmers Zugriff haben.
- 9.5 Der Auftragnehmer sichert zu, dass in der Kommunikation mit dem Auftraggeber sowie Unterauftragnehmern Daten nur schriftlich oder per verschlüsselter E-Mail übermittelt werden.
- 9.6 Der Auftragnehmer ist jederzeit in der Lage, zu überprüfen, welcher seiner mitarbeitenden Personen auf Daten von Maßnahmeteilnehmenden oder Beschäftigten der BA zugegriffen hat (Protokollierung).

- 9.7 Auch bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern ist der Auftragnehmer jederzeit in der Lage, dem Auftraggeber nachzuweisen, welche Daten der Maßnahmeteilnehmenden oder der Beschäftigten des Auftraggebers an den Unterauftragnehmer übermittelt worden sind.
- 9.8 Der Auftragnehmer kontrolliert, – unbeschadet seiner fortbestehenden vertraglichen Haftung gegenüber dem Auftraggeber – bei Unterauftragnehmern, ob der Schutz der ihm anvertrauten Daten der Maßnahmeteilnehmenden und Beschäftigten des Auftraggebers in gleicher Weise gewährleistet ist.
- 9.9 Der Auftragnehmer bestellt einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten, sofern die Voraussetzungen für eine Bestellung vorliegen (vgl. § 38 BDSG). Er benennt diesen dem Auftraggeber.

10. Einhaltung geltender zwingender Mindestarbeitsbedingungen

Ich verpflichte mich, im Auftragsfall die in meinem Unternehmen eingesetzten Arbeitnehmer/-innen nicht unter den für sie jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen zu entlohnen und alle weiteren gesetzlichen Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von zwingenden Arbeitsbedingungen zu erfüllen.

Der Bieter/das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt zur folgenden, **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden, zusätzlichen Ausführungsbedingung**:

11. Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation

Ich verpflichte mich, sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

Der Bieter/das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt hinsichtlich **seiner Berechtigung zur Auftragsausführung**:

12. Trägerzulassung gemäß §§ 176 Abs. 1 und 178 SGB III

Ich sichere zu, dass ich über die gemäß §§ 176 Abs. 1 und 178 SGB III erforderliche Trägerzulassung⁸ **bezogen auf den jeweiligen Fachbereich** nach § 5 Abs. 1 Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) verfüge. Ich verpflichte mich, auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb der mir gesetzten angemessenen Frist eine **Kopie des entsprechenden Zertifikats** nebst aktueller Anlage gemäß § 5 Abs. 6 AZAV vorzulegen. Über eine **ortsbezogene** Trägerzulassung werde ich erforderlichenfalls spätestens zum Maßnahmebeginn verfügen.

Der Bieter/das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt zur folgenden, **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden, zusätzlichen Ausführungsbedingung**:

13. Ökologische Nachhaltigkeit

Ich verpflichte mich, § 4 Abs. 4 der Vertragsbedingungen zum Umwelt- und Klimaschutz einzuhalten.

⁸ Die Regelungen zur Zulassung gelten über § 16 SGB II für die SGB-III-Leistungen, die im Rechtskreis SGB II Anwendung finden. Sie gelten dagegen nicht für die originär im SGB II geregelten Leistungen, soweit dies nicht ausdrücklich anders bestimmt wurde (§§ 16h Abs. 4, 16k Abs. 5 SGB II).

Abschnitt III: Vorliegen von Ausschlussgründen nach II.1 bis II.6

Ein Bieter hat in diesem Abschnitt **nur dann** Angaben zu machen, wenn er eine oder mehrere der Erklärungen in II.1 bis II.6 des vorstehenden Abschnitts II nicht wie gefordert abgeben kann. Wenn mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft betroffen sind, legen Sie bitte für jedes der betreffenden Unternehmen eine **separate, vom jeweiligen Unternehmen** ordnungsgemäß ausgefüllte Erklärung⁹ mit den nach diesem Abschnitt erforderlichen Erklärungen und Informationen mit dem Angebot vor.

Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (siehe II.1) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: • Datum der Verurteilung, Art der Straftat gemäß den Punkten 1.1 bis 1.10; Grund (Gründe) für die Verurteilung • Verurteilte Person • Soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestand (Tatbestände) Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle an sowie genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Im Falle einer Verurteilung: Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)?¹⁰	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (siehe II.2) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: • Betroffenes Land bzw. betroffener Mitgliedstaat • Wie hoch ist der fragliche Betrag? • Wie wurde der Verstoß gegen die bestehenden Verpflichtungen festgestellt? Sofern die Feststellung im Wege einer Gerichts- oder verwaltungsbehördlichen Entscheidung erfolgte:	

⁹ Verfahren Sie mit dieser Datei ggf. wie folgt: 1. Die Datei ist vollständig am Monitor auszufüllen. 2. Die Datei ist auszudrucken. 3. Der ausgefüllte Ausdruck ist in ein elektronisches Dokument zu überführen (z.B. durch Einscannen, digitale Fotografie, PC-Fax usw.). Die so erstellte Datei ist als Datei D.2 mit dem Angebot zu übermitteln. Als Dateiformat sind elektronisch allgemein lesbare Formate ohne Makros zu verwenden (z.B. *.pdf, *.tif, *.jpeg etc.).

¹⁰ Aus der Beschreibung sollte hervorgehen, dass die betreffenden Maßnahmen in Anbetracht der Art der begangenen Straftaten (punktuell, wiederholt, systematisch ...) angemessen sind.

- Ist diese Entscheidung endgültig und verbindlich? - Datum der Verurteilung bzw. der Entscheidung - Im Falle einer Verurteilung: Soweit darin unmittelbar festgelegt, Dauer des Ausschlusszeitraums: Auf andere Weise (bitte präzisieren): • Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachgekommen, indem es die Zahlung vorgenommen hat oder eine verbindliche Vereinbarung im Hinblick auf die Zahlung der fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – ggf. einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen – eingegangen ist?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte näher ausführen:
Sofern die einschlägigen Unterlagen über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (siehe II.3) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens dieses Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (siehe II.4) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte konkrete Art der Situation gemäß den Punkten 4.1 bis 4.5 benennen und näher ausführen: Erläutern Sie dabei bitte, warum das Unternehmen unter Berücksichtigung der geltenden nationalen Vorschriften und Maßnahmen betreffend	

die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter diesen Umständen dennoch in der Lage ist, den Auftrag zu erfüllen.	
Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (siehe II.5) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (siehe II.6) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:

Abschnitt IV: Vollmacht bei Bildung einer Bietergemeinschaft und Eigenerklärungen der weiteren Mitglieder

Bei Bietergemeinschaften ist mit dieser Datei wie folgt zu verfahren:

1. Die Datei ist vollständig am Monitor auszufüllen.
2. Die Datei ist auszudrucken und mit Ausnahme des bevollmächtigten Mitglieds von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft handschriftlich zu unterschreiben und an den entsprechenden Stellen mit dem Datum zu versehen.
3. Der ausgefüllte und unterschriebene Ausdruck ist in ein elektronisches Dokument zu überführen (z.B. durch Einscannen, digitale Fotografie, PC-Fax usw.).
4. Die so erstellte Datei ist als Datei D.2 mit dem Angebot zu übermitteln. Als Dateiformat sind elektronisch allgemein lesbare Formate ohne Makros zu verwenden (z.B. *.pdf, *.tif, *.jpeg etc.).

Mit dieser Vollmacht beauftragen wir das oben im Abschnitt I als bevollmächtigtes Mitglied der Bietergemeinschaft benannte Mitglied im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft mit

- **der Abgabe des Angebotes,**
- **der Kommunikation im Vergabeverfahren und**
- **dem Abschluss und der Durchführung des Vertrages.**

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch für die Leistungserbringung.

Mit nachstehender Unterschrift bestätigt jedes Mitglied der Bietergemeinschaft, dass die Erklärungen entsprechend den Abschnitten II und V dieser Datei sowie die sonstigen von ihm verlangten Erklärungen in den gemäß A.6 eingereichten Dateien zur Angebotsabgabe jeweils abgegeben werden. Falls ein Mitglied eine oder mehrere der **Erklärungen in II.1 bis II.6 dieser Datei nicht wie gefordert** abgeben kann, hat er dies im **Abschnitt III** anzugeben und näher zu begründen.

Weiteres Mitglied der Bietergemeinschaft

Name:		
Rechtsform:		
Straße:		
PLZ, Ort:		
Kontaktperson:		
Telefon:		
Fax:		
E-Mail (Organisationspostfach, keine personenbezogene Adresse):		
Datum	Unterschrift	

Beteiligung als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Handelt es sich bei dem Mitglied der Bietergemeinschaft um ein Kleinstunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen ¹¹ ?	☐ Ja
---	-----------------------------

Beteiligung als bevorzugter Bieter gemäß §§ 224, 241 Abs. 3 SGB IX

Handelt es sich bei dem Mitglied der Bietergemeinschaft um einen Inklusionsbetrieb nach § 215 SGB IX, weil bei Zuschlagserteilung/Abchluss des Rahmenvertrages die zu vergebenden Leistungen in diesem Inklusionsbetrieb ausgeführt werden? Antworthinweis: Die Bevorzugung von Inklusionsbetrieben bezieht sich nicht auf die juristische Person, die diese Einrichtungen betreibt, sondern nur auf jene Organisationseinheit, die als Inklusionsbetrieb tätig ist.	☐ Ja Falls ja, verpflichte ich mich, auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb der mir gesetzten angemessenen Frist meine Eigenschaft als bevorzugter Bieter nachzuweisen. Anerkannt wird ein Nachweis¹² nur, wenn er bei Vorlage nicht älter als ein Jahr ist.
--	---

Bei 3 und mehr Mitgliedern der Bietergemeinschaft bitte die Seiten zum Abschnitt IV hinreichend oft ausdrucken!

¹¹ Zur Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen siehe Fußnote 1.

¹² Zum Nachweis der Eigenschaft als bevorzugter Bieter siehe Fußnote 2.

Abschnitt V: Vergabe von Unteraufträgen und Eignungsleihe

Angaben in diesem Abschnitt sind nur dann zu machen, wenn beabsichtigt ist, einen Teil oder Teile des Auftrags an andere Unternehmen weiterzuvergeben (Unterauftrag) und/oder für den Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe).

Falls eine Unterauftragsvergabe beabsichtigt ist, verpflichtet sich der Bieter/die Bietergemeinschaft dafür zu sorgen, dass der vorgesehene Unterauftragnehmer ihm/ihr gegenüber gleich lautende schriftliche Erklärungen nach dem Abschnitt II (mit Ausnahme der Erklärungen in II.7 und II.12) und – soweit notwendig – nach dem Abschnitt III dieser Datei abgibt. Diese Erklärungen hat der Unterauftragnehmer mit seiner Unterschrift unter Angabe von Datum, Ort und Firmenbezeichnung zu bestätigen.

Wenn der Bieter/die Bietergemeinschaft die Kapazitäten anderer Unternehmen auch deshalb in Anspruch nehmen will, um die festgelegten Eignungskriterien¹³ zu erfüllen, verpflichtet er/sie sich, zusätzlich eine entsprechende Bestätigung¹⁴ des Unternehmens einzuholen.

Mir liegen von den für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen die vorstehenden Erklärungen vor und kein Unternehmen hat darin das Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß Abschnitt III bejaht.

☐ Ja ☐ Nein

Falls ja, ist die vorstehende Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft hinsichtlich der für die Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen ausreichend. Die Erklärungen der Unternehmen, die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, brauchen Sie also nicht mit dem Angebot, sondern nur auf gesonderte Aufforderung der Vergabestelle einzureichen.

Falls nein, überprüft die Vergabestelle vor Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss und die Ersetzung von Unterauftragnehmern/Dritten vorliegen. Die Vergabestelle verlangt von Ihnen dann die Übersendung der abgegebenen Erklärungen, wenn Ihr Angebot in die engere Wahl kommt.

Unternehmen, die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, benennen Sie bitte im nachfolgenden Verzeichnis und nummerieren diese aufsteigend. Die von Unterauftragnehmern auszuführenden Leistungsteile sind nach Art und Umfang kurz zu beschreiben.

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Kontaktperson:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungsteile:	

¹³ Als Eignungskriterien sind im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit festgelegt:
Datei D.3 Erklärung zu Referenzleistungen
Datei D.4 Erklärung zur Server- und Softwarelösung (sofern in A.3 und A.6 der Datei A_Allgemeine_Hinweise.pdf gefordert)

¹⁴ D.h. Bestätigung des Unterauftragnehmers/Dritten, dass seine Kapazitäten im Hinblick auf die in der Datei D.3 aufgeführten Referenzleistungen und – sofern zutreffend – die im D.4 unter seiner Einbeziehung angegebene Server- und Softwarelösung dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Verfügung stehen werden mit Beschreibung der zu erbringenden Leistungsteile.

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Kontaktperson:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungssteile:	

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Kontaktperson:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungssteile:	

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Kontaktperson:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungssteile:	

Bei 5 und mehr Unterauftragnehmern bitte zusätzliche Datei D.2 verwenden bzw. bei Bietergemeinschaften bitte diese Seite hinreichend oft ausdrucken!